

Für eine friedliebende und antifaschistische Region, die Perspektiven für alle schafft!

*Kreiswahlprogramm der Partei DIE LINKE. OPR
Beschlissen auf der Gesamtmitgliederversammlung am 19.01.2019*

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

am 26. Mai 2019 sind wir alle aufgerufen, die Zusammensetzung der kommunalen Vertretungen neu zu bestimmen. Bei den Kommunalwahlen werden die Mitglieder des Kreistages, der Stadtverordnetenversammlungen, der Gemeinde- und Ortsteilvertretungen für die nächsten fünf Jahre gewählt. Zudem finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt.

DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin ist eine fest verankerte und ernstzunehmende politische Kraft in unserem Kreis. DIE LINKE ist die soziale Kraft, die darum kämpft, dass die Lebenssituation vor Ort zum Besseren verändert wird. Die Kommunalpolitik ist für uns der direkte Draht zu den Meinungen, Problemen, Anliegen und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger. Diese nehmen wir ernst und sie fließen in unsere Entscheidungen ein.

Unser Landkreis ist dünn besiedelt. Hier leben im Vergleich zum Brandenburger Durchschnitt nur halb so viel Menschen. Strukturelle Probleme, beispielsweise die Defizite in der Infrastruktur sowie eine unzureichende wirtschaftliche Entwicklung verbunden mit höherer Arbeitslosigkeit und niedrigerem Einkommen potenzieren sich in unserer Region. Die Tatsache, dass der Anteil von Seniorinnen und Senioren überproportional wächst und gleichzeitig der Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter und der Jüngeren sinkt, stellt Ostprignitz-Ruppin vor große Herausforderungen. Gleichwohl kommen auch viele, entgegen der Prognosen zurück und entdecken die Attraktivität unserer Region erneut oder finden als Zugezogene ihr Glück bei uns.

Wir fordern, den verfassungsmäßigen Anspruch auf gleiche Lebensbedingungen in allen Landesteilen durchzusetzen. Daher wollen wir dafür Sorge tragen, dass unsere Region Perspektiven für alle schafft. Wir möchten den sozialen Zusammenhalt stärken, Rahmenbedingungen für gut bezahlte Arbeit schaffen, den Menschen ein sicheres und planbares Leben bieten, unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhalten und die direkte Demokratie stärken.

Für eine Region, die den sozialen Zusammenhalt stärkt

I. Gute und lebenslange Bildung für alle

Bildung ist für alle ein Grundrecht und darf nicht von der sozialen Situation, Herkunft, Alter oder Geschlecht abhängig sein. Die Teilhabe am lebenslangen Lernen hat für uns oberste Priorität.

Lernen beginnt bereits in den Kindertagesstätten. Wir möchten von Anfang an allen Kindern den Zugang zur Kita als Ort frühkindlicher Bildung sichern. DIE LINKE. OPR unterstützt alle Maßnahmen, die die Qualität der Kinderbetreuung in den Tageseinrichtungen verbessern. Dazu gehören eine intensive Sprachförderung für alle Kinder, die Qualifizierung und Professionalisierung der Erzieher*innen sowie die schrittweise Sanierung der Kindertagesstätten.

Die Senkung des Betreuungsschlüssels in den Kindertagesstätten ist eine wichtige Voraussetzung für die qualitative Verbesserung von frühkindlicher Bildung. Wir fordern mehr Personal für die Kindertagesbetreuung und unterstützen die Forderungen der Gewerkschaften ver.di und GEW nach einer weiteren Aufwertung der Löhne der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst. DIE LINKE. OPR fordert außerdem kommunale Investitionsprogramme zur Verbesserung von Qualitätsstandards bei der Kinderbetreuung und unterstützt das Bemühen diese flächendeckend einzuführen.

Spielräume in der Gestaltung der Öffnungszeiten sind entscheidend, damit Eltern Familie und Beruf miteinander vereinbaren können. DIE LINKE. OPR setzt sich für wohnortnahe und bedarfsgerechte Kitaplätze sowie sozialverträgliche und solidarisch finanzierte Kita-Gebühren ein, solange nicht die vollständige Gebührenfreiheit erreicht ist.

DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass in Ostprignitz-Ruppin alle Schulstandorte erhalten bleiben. Wir unterstützen ausdrücklich den Aufbau von Schulzentren, da Gemeinschaftsschulen mit gymnasialer Oberstufe längeres gemeinsames Lernen ermöglichen. Um eine inklusive Bildung zu gewährleisten, sind die baulichen, sächlichen und personellen Voraussetzungen zu schaffen.

DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin setzt sich dafür ein, dass an jeder Schule mindestens ein Schulsozialarbeiter tätig ist. Gemeinsam mit den Schulen und den Sport- und Jugendvereinen müssen die Angebote in Form von Arbeitsgemeinschaften und Kooperationen weiter ausgebaut werden. Als LINKE halten wir an dem Ziel fest, eine beitragsfreie KITA- und Schulspeisung zu erreichen.

DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin fordert einen zentralen Bildungs- und Investitionsfond im Landkreis. Die Sanierung von kreislichen oder städtischen Bildungseinrichtungen sehen wir als gemeinschaftliche Aufgabe der gesamten Region. Zu ihrer solidarischen Erfüllung sollten in begründeten Fällen auch Mittel des Landkreis beitragen, insbesondere, wenn damit zusätzliche Fördermittel beispielsweise des Landes zugänglich gemacht werden. Um dieses Vorhaben umzusetzen, soll der Landkreis künftig 1% der jährlich erhobenen Kreisumlage in einen Bildungs- und Investitionsfond einzahlen.

Eine enge Verzahnung von Schule und regionaler Wirtschaft ist notwendig, um den Fachkräftemangel langfristig entgegenzuwirken.

Das Oberstufenzentrum soll die Vielfalt von Ausbildungsgängen beibehalten und wenn möglich und notwendig weiter ausbauen. Das gilt für die Bildungsangebote der Volkshochschule. Auch hier hat DIE LINKE die sozialverträglichen Gebühren im Blick.

Der Schülerverkehr muss auch künftig elternbeitragsfrei bleiben.

Die in Neuruppin ansässige Medizinische Hochschule Brandenburg „Theodor Fontane“ (MHB) bietet eine solide Grundlage, den vorhandenen Ärztemangel einzudämmen. Die kommunale Hochschule hat sich durch innovative universitäre Ausbildung etabliert. Als LINKE werden wir uns dafür einsetzen, dass die MHB weiterentwickelt und allen Interessierten, unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten, ein Zugang zum Studium ermöglicht wird.

II. Zugänge zu Kultur und Sport gewährleisten

Die Attraktivität unserer Region wird sowohl durch eine traditionspflegende als auch durch eine mutige, unkonventionelle Kultur erhöht. Wir haben in Ostprignitz-Ruppin eine vielfältige Kulturlandschaft, die DIE LINKE stärken will. Die kulturellen Highlights müssen intensiver für den Bereich Kulturtourismus genutzt werden und dafür auch effektiver koordiniert werden. Richtige Kulturförderung ist gleichzeitig Wirtschaftsförderung. DIE LINKE. OPR setzt sich dafür ein, dass die Kulturförderung des Landkreises um 100.000 Euro in der Legislatur erhöht wird.

Wir möchten Kultur für alle ermöglichen. Gebühren für Kunst- und Musikschulen sowie für Museen und Bibliotheken müssen bezahlbar bleiben. Die Sicherung der Erreichbarkeit dieser Angebote mit öffentlichen Verkehrsmitteln bleibt ein wichtiges Thema für DIE LINKE.

Der Sport im Allgemeinen hat nicht nur eine herausragende soziale Funktion, sondern dient auch als vorbeugende Maßnahme der Gesundheitserhaltung und zur Verbesserung des persönlichen Wohlbefindens. In unserem Kreis sind mehr als 13.000 Sportlerinnen und Sportler in 160 Sportvereinen organisiert. Tausende Ehrenamtliche leisten seit Jahren Vorbildliches. Unsere volle Unterstützung gilt dem Kreissportbund. Er ist Motor und Koordinator der sportlichen Entwicklung im Landkreis. Sport verbindet Menschen, holt die Kinder von der Straße, vermittelt soziale Kompetenz und wirkt Gewaltbereitschaft, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus entgegen. DIE LINKE setzt sich daher für eine verlässliche Sportförderung und den Erhalt der Sportstätten ein. Wir wollen die Sportförderung des Landkreises ebenfalls um 100.000 Euro in der Legislatur erhöhen.

III. Soziale Infrastruktur fördern

Eine wichtige Aufgabe des Landkreises ist ein solidarisches Miteinander aller Mitbürgerinnen und Mitbürger. Die Sicherung und Verbesserung der Lebenssituation von älteren, behinderten und sozialbenachteiligten Menschen unseres Landkreises liegt der LINKEN sehr am Herzen. Um einen Beitrag gegen die Gefahr einer möglichen gesellschaftlichen Ausgrenzung der genannten Gruppen zu leisten, setzt DIE LINKE. OPR auf die Einführung eines aus dem Kreishaushalt finanzierten Kultur- und Sozialpasses „Miteinander in OPR“. Der Sozialpass soll Begegnungsmöglichkeiten schaffen, beziehungsweise den Zugang dazu deutlich erleichtern. Anspruchsberechtigt wären: SGB II-Empfänger, SGB XII-Empfänger, AsylbLG-Empfänger, Menschen mit Handicap sowie Seniorinnen und Senioren, die eine Rente unter 1050 Euro beziehen. Der Sozialpass wäre zwei Jahre gültig und kann auf Antrag verlängert werden.

Darüber hinaus fordert DIE LINKE die Aktualisierung des Gesundheits- und Sozialwegweiser für Ostprignitz-Ruppin, der alle örtlichen sozialen Vereine, Verbände und Gesundheitsdienstleistungen auflistet und deren Angebote erläutert. Die vorhandene soziale Infrastruktur des Landkreises OPR soll auf diese Art veranschaulicht werden. Der Sozialwegweiser soll künftig alle fünf Jahre aktualisiert werden und an jeden Haushalt in unserem Landkreis verteilt werden.

DIE LINKE. OPR legt Wert auf aktives Engagement von Seniorinnen und Senioren. Wir streben deshalb eine Erhöhung der Zuwendungen für den Kreissenorenbeirat auf 5.000 Euro

an. Dorfgemeinschaftshäuser, Jugendclubs und andere kommunale Begegnungsstätten sind zur Sicherung der Lebensqualität unerlässlich.

Um wahre Teilhabe für Menschen mit körperlichen Benachteiligungen zu ermöglichen, setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass ein barrierefreier Zugang bei allen kreislichen oder städtischen Einrichtungen gewährleistet ist.

Auf Bundesebene setzt sich DIE LINKE weiterhin dafür ein, dass bei Hartz IV-Betroffenen die Aufwandsentschädigungen für engagierte ehrenamtliche Arbeit nicht auf den Regelsatz angerechnet werden.

Wir lehnen die Sanktionspraxis des Jobcenters OPR, insbesondere Kürzungen und Zwangsabzüge ab.

Für eine Region, die Arbeit und ein planbares Leben ermöglicht

IV. Für eine wirtschaftsstarke Region mit gutbezahlter Arbeit

DIE LINKE will die wirtschaftliche Entwicklung unserer Region weiter voranbringen. Die kommunalübergreifende Kooperation im Altkreis Neuruppin hat sich bewährt. Die Förderung im Autobahndreieck Wittstock/Dosse und in der Kleeblattregion muss ebenfalls ausgebaut und strategisch koordiniert werden. Die REG sowie die Entwicklungsachse A24 bieten die Voraussetzungen dafür und erhalten daher unsere Unterstützung. DIE LINKE. OPR setzt sich ebenso dafür ein, dass die Zusammenarbeit mit dem Regionalen Wachstumskern Prignitz optimiert wird. Wir wollen optimale Ansiedlungsbedingungen für Unternehmen und Investitionen für innovative und zukunftsorientierte Unternehmen.

Die Zahlung von Beiträgen unserer Bürgerinnen und Bürger für den Aus- und Neubau von öffentlichen Straßen lehnen wir ab!

Die kommunalen Unternehmen sind tragende Säulen unserer Wirtschaft und der Daseinsvorsorge. DIE LINKE stellt sich entschieden gegen deren Privatisierung. Unsere Aufgabe ist es, Einfluss auf die Stärkung der kreiseigenen Unternehmen auszuüben. Im Bereich der Daseinsvorsorge unterstützen wir Überlegungen zur Rekommunalisierung. Den Schutz von Mitbestimmungsrechten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wollen wir stärken.

Die Aufträge der kommunalen Unternehmen sind klar auf die Interessen unserer Bevölkerung zu orientieren! Die Ruppiner Kliniken sollen die regionale Gesundheits- und Pflegestruktur weiter voranbringen, in dem die Ausbildungskapazitäten weiter erhöht werden. Die Sparkasse muss die regionale Wirtschaft intensiver durch attraktive und faire Kredite unterstützen. Die Stiftung der Sparkasse Ostprignitz-Ruppin soll weiterhin zusätzliche finanzielle Leistungen für die regionale Bevölkerung erbringen. Den dazugehörigen Stiftungsrat möchte DIE LINKE. OPR politisch besetzen. Die Ostprignitz-Ruppiner-Personennahverkehrsgesellschaft soll zum Erhalt der Mobilität im ländlichen Raum beitragen. Die Gebührenkalkulation der Abfallwirtschaft wollen wir für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar, solidarisch und gerecht gestalten.

Existenzsichernde Löhne sind ein Garant für die Entwicklung der regionalen Wirtschaft. Mit Niedriglöhnen bei den Kommunen und kommunalen Unternehmen muss Schluss sein. Wir wollen die Ersetzung von 1-Euro-Jobs durch tariflich bezahlte und arbeitsrechtlich gesicherte

Arbeitsplätze. Öffentliche Aufträge müssen transparent und wo immer möglich in der Region vergeben werden. DIE LINKE will prüfen, ob auf Kreisebene eine Vergabemindestlohn in Höhe von 12,63 Euro eingeführt werden kann. Eine Kontrolle, ob der aktuelle Vergabemindestlohn nach der Auftragsvergabe bezahlt wird, muss erfolgen. Durch diese Maßnahmen steigert sich auch die Kaufkraft unserer Region.

DIE LINKE. OPR setzt sich dafür ein, dass der Landkreis eine bessere Unterhaltung der Kreisstraßen betreibt. Der Erhalt eines Regionalcenters der IHK in OPR wird unterstützt.

V. Mobil und digital in Stadt und Land

Der ÖPNV ist aus sozialen und ökologischen Gründen wichtig. Er gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge und darf nicht, vor allem im ländlichen Raum, mit der Begründung von zu geringen Fahrgastzahlen weiter ausgedünnt werden. DIE LINKE fordert, dass das Streckennetz der kreiseigenen Nahverkehrsgesellschaft weiter bedarfsgerecht ausgebaut wird. DIE LINKE will, dass die zur Landesgartenschau in Wittstock eingerichteten PlusBus-Linien auch nach dem Jahr 2019 in das Liniennetz der Ostprignitz-Ruppiner Personennahverkehrsgesellschaft aufgenommen wird. Sie soll als Ergänzung zu den bestehenden PlusBus-Linien 711 und 764 fungieren. Mit dem Ring-Bus wird sichergestellt, dass die Mobilität im ganzen Kreis, auch im Raum Wittstock, kontinuierlich gewährleistet ist.

Um allgemeine Mobilität in Stadt und Land zu gewährleisten, setzt sich DIE LINKE. OPR außerdem dafür ein, dass auch an Wochenenden und in den Ferien mehr Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs in den Dörfern und kleinen Städten unseres Kreises geschaffen werden. Zusätzlich soll es eine abendliche Verlängerung der PlusBus-Linien 711 und 764 um zwei Stunden geben. Um diese Vorhaben zu finanzieren, soll der Kreis 750.000 Euro beisteuern. Des Weiteren kämpft DIE LINKE für den Erhalt des Schienennetzes und eine direkte Anbindung des Prignitzexpresses an das Berliner Stadtzentrum sowie eine saisonunabhängige Zugverbindung nach Rheinsberg. Die Wiederinbetriebnahme der Bahnlinie Herzberg-Neuruppin-Neustadt bleibt ein zentrales Anliegen der LINKEN. Die Mobilität darf an unserer Kreisgrenze nicht Halt machen, wir müssen darüber hinausdenken. DIE LINKE. OPR wird sich dafür einsetzen die Buslinie zwischen Kyritz und Perleberg reaktivieren. Um die Nutzungskosten der Busse langfristig zu reduzieren ist es ratsam, die Größe der Fahrzeuge anzupassen und verstärkt auf Elektromobilität zu setzen.

Eine moderne Telekommunikation ist die Grundlage für die Beständigkeit und Ansiedlung von Unternehmen und gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie dient dem Erhalt und der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Sie ist eine wichtige Voraussetzung die Lebensqualität vieler Menschen. DIE LINKE wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass der Mobilfunk in allen Teilen unserer Region verlässlich empfangen werden kann und der Ausbau von Breitbandkabelanschlüssen schneller voranschreitet.

DIE LINKE. OPR fordert sichere und öffentlich zugängliche WLAN-Anschlüsse, die kostenfrei an wichtigen touristischen Orten und öffentlichen Plätzen im Landkreis eingerichtet werden.

VI. Gesundes Leben und Pflege in Würde

Grundlage für ein Leben in Würde ist eine flächendeckende medizinische Versorgung. Diese wollen wir als LINKE in unserem Landkreis garantieren, auch wenn der Ärztemangel unsere

Region hart trifft. Die PRO Klinik Holding GmbH steht in besonderer Verantwortung, den vorhandenen und zukünftigen Bedarf an Ärztinnen und Ärzten zu sichern. DIE LINKE. OPR lehnt eine Privatisierung der Pro Klinik Holding GmbH und den dazugehörigen Ruppiner Kliniken strikt ab! Den Beschäftigten wollen wir weiterhin Mitbestimmungsrechte sichern, weshalb wir an dem paritätisch-besetzten Aufsichtsrat festhalten.

Wir wollen, dass Arztpraxen in Stadt und Land möglichst patientennah erreichbar sind. Die Medizinischen Versorgungszentren sind ein wichtiger und richtiger Ansatz. Das Gemeindegemeinschaftsmodell „Agnes 2.0“ soll auf den gesamten Landkreis ausgedehnt werden, um die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum sicherzustellen.

Der Gesundheitssektor ist ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor. Der Gesundheitstourismus kann darin ein weiteres Standbein sein. Die Krankenhäuser im Landkreis sollen sich stärker im ambulanten Sektor engagieren können sowie miteinander kooperieren. OPR bietet sich als Gesundheitsregion förmlich an. Deshalb möchte DIE LINKE die Lukrativität der Reha-Branche in OPR erhöhen, um den Gesundheitstourismus weiter auszubauen. Senioren-Wohngemeinschaften, insbesondere für Demenzkranke und Mehrgenerationshäuser werden flächendeckend gebraucht. DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin fordert für alle Pflegekräfte, die in kommunalen Pflegeeinrichtungen arbeiten, einen Pflege-Mindestlohn in Höhe von 14,50 Euro pro Stunde und einen Personalschlüssel, der Patienten nicht gefährdet und das Pflegepersonal deutlich entlastet.

Ein Sterben in Würde gehört zum Leben. Daher unterstützt DIE LINKE den Aufbau und die Etablierung von Hospizvereinen und palliativmedizinischen Diensten in OPR. Hospizarbeit, die über die Grenze einer Kommune hinaus geht, soll künftig finanziell vom Landkreis unterstützt werden.

Für eine Region mit nachhaltiger Entwicklung

VII. Umwelt und Landwirtschaft – Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen

Ostprignitz-Ruppin ist der flächenmäßig neunt größte Landkreis Deutschlands. Unsere Region zwischen Rhin und Dosse ist mit viel Wald und Wasser ein wertvoller Schatz vielfältiger Kulturlandschaften. Diese natürlichen Lebensgrundlagen wollen wir erhalten.

Wir setzen uns für eine agrogentechnik-freie Land-, Forst- und Gartenbauwirtschaft ein. Der Boden ist kein Spekulationsobjekt, weshalb die breite Streuung des Bodeneigentums unbedingt erhalten werden muss. Die Nutzung von Glyphosat auf kreiseigenen Flächen lehnen wir ab. Außerdem wollen wir eine Minimierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln erreichen und eine nachhaltige, insbesondere eine insektenfreundliche Landwirtschaft unterstützen sowie den Ökolandbau. Wir unterstützen unsere ortsansässigen Landwirtschaftsbetriebe bei Stabilisierung und Weiterentwicklung ihrer Betriebe, insbesondere bei der Umsetzung des Tierschutzplans des Landes Brandenburg. Regionale Verarbeitung und Vermarktung soll unterstützt werden.

Teile des ehemaligen Bombodroms in der Kyritz-Ruppiner Heide gehören zum Nationalen Naturerbe. Bei der Entwicklung des Geländes sollen die Interessen der regionalen Bevölkerung eingebunden werden. DIE LINKE fordert von der Bundesregierung die Finanzierung einer zügigen Teil-Beräumung des munitionsverseuchten Geländes mit dem Ziel einer

schrittweisen Öffnung zur Nutzung für Freizeit und Tourismus. Langzeiterwerbslose sollen im Rahmen der öffentlichen Beschäftigungsförderung neue Perspektiven bekommen. Die Arbeit der kommunalen Arbeitsgemeinschaft soll in Zukunft öffentlich und transparent einsehbar sein. Eine Einbeziehung der Flächen in den Naturpark „Stechlin-Ruppiner Land“ soll geprüft werden.

Die Ausarbeitung einer Nachhaltigkeitsstrategie für den Landkreis Ostprignitz-Ruppin soll helfen, die kommunalen Wirtschaftskreisläufe zu stärken. DIE LINKE. OPR setzt sich dafür ein, dass es keinen Zwang für die Biotonne gibt. So wird garantiert, dass es keinen Zwangsanschluss der Kleingartenanlagen an die Abfallentsorgung gibt. DIE LINKE fordert die verstärkte Wiederanpflanzung von Allee- und Obstbäumen an den Kreis- und Ortsverbindungsstraßen. Unsere Naturschutzgebiete, insbesondere den Naturpark „Stechlin-Ruppiner Land“, sehen wir als besonders schützenswert an.

Der geplante Neubau der Bundesstraße B189 N zwischen Wittstock und Mirow sehen wir kritisch. DIE LINKE sieht angesichts der zu erwartenden ökologischen Folgeschäden im Naturpark „Stechlin-Ruppiner-Land“ keinen angemessenen Bedarf für diese Bundesstraße und unterstützt die Bürgerinitiative aus den betroffenen Dörfern gegen diesen Straßenneubau.

DIE LINKE. OPR lehnt „wolfsfreie Zonen“ ab. Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages stellte klar, dass diese den Vorgaben der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie widersprechen und daher rechtlich nicht zulässig seien. Eine eventuelle Beanstandung durch die Kommunalaufsicht will DIE LINKE. OPR prüfen. Ein gut funktionierender präventiver Herdenschutz und Schadensregulierung sehen wir als Voraussetzung für eine Akzeptanz des Wolfes. Dabei muss auch der Landkreis Unterstützung leisten.

VIII. Nachhaltiger Tourismus in Ostprignitz-Ruppin

Die eindrucksvolle und intakte Natur- und Kulturlandschaft des Landkreises sorgt nicht nur für ein reizvolles Wohn-, Wirtschafts- und Lebensumfeld, sondern bietet auch hervorragende Bedingungen für den Tourismus. DIE LINKE. OPR setzt sich für einen naturverträglichen Tourismus ein. Dabei dürfen unterschiedliche Interessen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Alle Maßnahmen zum Ausbau der touristischen Infrastruktur müssen auf den Erhalt von Natur- und Kulturlandschaften ausgerichtet sein. Das ist für DIE LINKE bei öffentlichen Aufträgen ein klares Vergabekriterium.

DIE LINKE. OPR spricht sich für den Ausbau von Rad-, Wander- und Reitwegen in Ostprignitz-Ruppin aus. Grundlage dafür ist ein ausgearbeitetes Wegenetzwerk, welches als Leitfaden dient. In den Bereichen Rad- und Wassertourismus ist eine Zusammenarbeit über Kreis- und Ländergrenzen hinweg unerlässlich.

Lärm- und abgasarme Fortbewegung haben Vorrang beim Wassersport auf unseren Seen und Kleingewässern. DIE LINKE. OPR spricht sich für die Fortführung der Wassertourismusinitiative Nordbrandenburg (WIN) aus.

IX. Bezahlbare und dezentrale Energieversorgung

Gemeinsam mit den kommunalen Stadtwerken gilt es ein Konzept zu erarbeiten und umzusetzen, welches ein schrittweises Entrinnen aus der Abhängigkeit von globalen

Stromkonzerne und atomaren oder fossilen Energiequellen ermöglicht. Das verlangt den konsequenten Ausbau einer dezentralen, erneuerbaren Energieproduktion. Die Energiewende muss für die Bürgerinnen und Bürger bezahlbar bleiben. Die demokratische Mitentscheidung sowie die finanzielle Teilhabe in der Region ist zu verbessern.

Wir wollen Photovoltaik-Anlagen vorrangig auf versiegelten Flächen entwickeln. Darüber hinaus soll ein Kataster für potenzielle Dachflächen erstellt werden, um weitere nutzbare Flächen für Photovoltaik-Anlagen zu erschließen. Weniger sinnvoll sind Photovoltaik-Anlagen auf landwirtschaftlichen oder forstlichen Nutzflächen.

Landwirtschaftliche Monokulturen, die der Produktion von Energie dienen oder die Verwendung von Nahrungsmitteln für die Energieerzeugung, lehnt DIE LINKE ab. Wir wenden uns gegen einen massiven und willkürlichen Ausbau von Windenergieanlagen. Standortflächen, die zu nah an Dörfern, in Wäldern oder in der Kyritz-Ruppiner Heide gebaut werden sollen, lehnen wir ab. Stattdessen setzen wir vorrangig auf die Erhöhung der Leistung von bereits vorhandenen Anlagen. Bei all diesen Überlegungen ist eine rege Bürgerbeteiligung im Diskussionsprozess von Vorteil.

Neben der Gewinnung von Energie aus regenerativen Energiequellen gilt es aber auch, effiziente Energieeinsparmöglichkeiten zu finden und Speichermöglichkeiten zu erschließen. Ein kommunaler Anreiz zum Energiesparen ist, die Energieeffizienz als verpflichtendes Kriterium an die Vergabe von öffentlichen Leistungen zu koppeln. Im Interesse der Region ist es von Vorteil, dass die Energienetze den kommunalen Stadtwerken gehören.

Für eine Region, die direkte Demokratie stärkt

X. Kommunale Fürsorge durch eine transparente und bürgernahe Verwaltung

Die Verwaltung ist ein Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landkreises. Wir benötigen eine effiziente, barrierefreie und bürgerfreundliche Verwaltungsstruktur. DIE LINKE. OPR fordert eine Evaluierung der Hauptsatzung des Landkreises sowie eine Überprüfung der kommunalen Aufgabenverteilung. Die schnelle Bearbeitung von Anträgen der Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Initiativen sowie der Wirtschaft ist ein Indikator einer gut funktionierenden und bürgernahen Verwaltung. Wir unterstützen die interkommunale Zusammenarbeit in unserer Region. Deshalb setzt sich DIE LINKE weiterhin für eine Senkung der Kreisumlage ein. Wir wollen bei guter Haushaltslage eine jährliche Senkung der Kreisumlage um 0,5% bis zur Erreichung der Zielmarke von 39% prüfen und umsetzen. Die Zusammenarbeit mit anderen Nachbarlandkreisen, vor allem der Prignitz, ist Voraussetzung für den Erfolg des Brandenburger Nordwestens. Die öffentliche Verwaltung darf weder privatisiert, noch ausgegliedert werden.

Die Finanzierung des Neubaus der Kreisverwaltung aus dem laufenden Haushalt betrachtet DIE LINKE äußerst kritisch. Der Prozess der Transparenz beginnt bei der Haushaltsaufstellung. Dort werden die Tätigkeitsschwerpunkte des Landkreises aufgezeigt. Am Ende muss eine übersichtliche, öffentliche Darstellung des kommunalen Haushaltes erfolgen. Um dies in die Realität umzusetzen, möchte DIE LINKE eine fraktionsübergreifende AG „Haushalt“ initiieren.

Die oft unverständliche Sprache von Politik und Verwaltung ist für viele Menschen eine ernsthafte Hürde für Vertrauen, Verständigung, aber auch Beteiligung. Amtliche Mitteilungen der Verwaltung sollen künftig in leicht zu verstehender Sprache formuliert werden. Dazu gehört auch der Online-Auftritt des Landkreises OPR. Insbesondere die Website soll übersichtlicher, bürgernäher, barrierearmer und verständlicher aufgebaut werden. Die Verwaltungen sind angehalten, transparent und nachvollziehbar zu handeln. Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung müssen verstärkt digital abrufbar sein.

Das kommunale Jobcenter darf nicht repressiv und demütigend mit den Hartz IV-Betroffenen umgehen. Es ist ein kommunaler Dienstleister und kein Wirtschaftsunternehmen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Jobcenter evaluiert und eine flächendeckende Präsenz in den ehemaligen Kreisstädten Kyritz und Wittstock wiederaufgebaut wird. Die neu eingerichtete Ombudsstelle zur Vermeidung von Sozialgerichtsverfahren, für die wir lange gekämpft haben, soll aufgrund ihres Arbeitsumfanges mit einer Vollzeitstelle ausgeschrieben und besetzt werden. Der Kreistag soll künftig an der Erarbeitung der Kosten der Unterkunft (KdU) beteiligt werden.

DIE LINKE will die Bürgerinnen und Bürger unseres Landkreises stärker in Entscheidungen vor Ort einbinden und direkte Demokratie stärken. DIE LINKE. OPR setzt sich daher für die Einführung bzw. Etablierung von Bürgerhaushalten im Kreis und den Kommunen ein. Im Kreis setzen wir uns dafür ein, einen Bürgerhaushalt in Höhe von 200.000 Euro einzuführen. Der Landrat soll künftig regelmäßig stattfindende Bürgersprechstunde in jeder Region des Kreises abhalten, damit Bürger ihre Sorgen und Anliegen direkt an den Landrat herantragen können.

Um eine effektive Arbeit des Kreistages zu gewährleisten, wollen wir die Kreistagssitzungen im Jahr auf sechs erhöhen. Zur Schulung und Professionalisierung der Abgeordneten sollen die Zuwendungen der Fraktionen angepasst werden.

XI. Gegen Fremdenhass, Diskriminierung und Rassismus

Den alten und neuen Nazis wollen wir kein Stück unserer Heimat überlassen. Weder auf der Straße noch in den Parlamenten. DIE LINKE unterstützt deshalb aktiv die zivilgesellschaftlichen Initiativen in unserer Region: „Neuruppin bleibt bunt“, „Fehrbellin bleibt bunt“, „Wittstock bekennt Farbe“, „Stolpersteine“ und weitere. Wir setzen uns für eine aktive Erinnerungskultur ein. Dazu gehören Gedenkstätten und Gedenkorte – für deren Erhalt und Pflege wir kämpfen.

Wir benötigen ein Zuwanderungskonzept mit gesichertem Bildungs- und Beratungsangebot für die zu uns kommenden Menschen. Wer sich in Ostprignitz-Ruppin niederlassen will, wer hier arbeiten und seine Kinder großziehen will, wer hier Teil der Gesellschaft werden will hat aktive Unterstützung vom Landkreis verdient. Bezahlbaren Wohnraum sehen wir als Grundrecht eines jeden Menschen, offene Benachteiligungen auf dem Wohnungsmarkt muss durch politische Maßnahmen entgegengewirkt werden. Die restriktiven Forderungen und androhten Sanktionen in der Benutzungs- und Gebührensatzung für Gemeinschaftsunterkünfte im Landkreis OPR lehnen wir klar ab. Deutsch-Kurse zur Überwindung der sprachlichen Barrieren müssen vom ersten Tag ihres Aufenthaltes in Ostprignitz-Ruppin möglich sein.

In allen Bereichen unserer Gesellschaft muss jeder Form von Diskriminierung auf Grund der Herkunft, des Alters, des sozialen Status, des Geschlechts, einer Behinderung, der sexuellen Orientierung oder der Religion aktiv vorgebeugt und nötigenfalls entgegengetreten werden. Bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen ist zu berücksichtigen, dass jedem Menschen eine gleiche und selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht wird, wobei Privilegierte die Benachteiligten solidarisch unterstützen.

XII. Jugend mitnehmen – Zukunft schaffen

Ostprignitz-Ruppin soll auch für die jüngere Generation Anreize bieten. Unsere Region lebt und wird bereichert von engagierten jungen Menschen, die sich aktiv in unterschiedlichen Bereichen unserer Gesellschaft beteiligen. Daher halten wir es für wichtig, einen Jugendbeirat auf kreislicher Ebene einzurichten, welcher die Mitsprache der Jugend sichert und die Interessen öffentlich nach außen trägt. Dieser soll wie der Kreissenioresenbeirat finanziert werden.

Zum Stichtag 31.12.2016 waren in Ostprignitz-Ruppin 2.046 Kinder unter 15 Jahren unmittelbar auf Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II angewiesen. Im Vergleich zu anderen Kreisen des Landes liegt Ostprignitz-Ruppin mit 17,1% über dem Durchschnitt. In der Altersgruppe der 15- bis unter 25-Jährigen befinden sich 14,9% im Leistungsbezug nach dem SGB II. Das ist ein Armutszeugnis für unseren Landkreis. Damit wird sich DIE LINKE nicht abfinden. Daher werden wir uns in der kommenden Legislatur dafür einsetzen, den kreislichen Haushaltsansatz der Jugend- und Jugendsozialarbeit um 100.000 Euro zu erhöhen.

Um die Lebenshaltungskosten für Auszubildende und Studenten zu senken und gleichzeitig deren Mobilität zu erhöhen will DIE LINKE. OPR ein Mobilitätsticket einführen. Die kostenlose Nahverkehrsbeförderung soll auf jeden Schüler, Auszubildenden und Studenten ausgeweitet werden und im ganzen Kreisgebiet gelten.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

mit diesem Wahlprogramm werben wir um Ihr Vertrauen und Ihre Stimmen. Wir möchten auch in den nächsten fünf Jahren als starke politische Kraft kommunale Verantwortung in unserer Region übernehmen. Gemeinsam mit Ihnen sind wir in der Lage, einen sozial gerechten und wirtschaftlich starken Landkreis zu gestalten. Stärken Sie am 26. Mai das soziale Korrektiv – wählen Sie DIE LINKE.